
2. November 2020

Stadtverwaltung Bad Salzdetfurth schlägt Einstellung des Umgemarkungsverfahrens Östrum vor

Nach Auszählung der Umfrage unter den Östrumer Bürgerinnen und Bürgern zur geplanten Umgemarkung steht das Ergebnis nun fest: 79 % der abgegebenen Stimmen sprechen sich für den Erhalt der Ortschaft Östrum in ihren bisherigen Grenzen aus. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hat sich auch im Johanni und im Maiental gegen eine Umgemarkung ausgesprochen: Im Johanni mit 50 % zu 43 % durchaus knapp, im Maiental mit 73 % zu 11 % klar. Weitere Einzelergebnisse können der Anlage entnommen werden bzw. sind auf der Homepage der Stadt zum Thema „Umgemarkung Östrum“ veröffentlicht. Die Beteiligung an der Umfrage bzw. die Rücklaufquote war mit 86 % deutlich über der Erwartung.

Die Verwaltung sieht deshalb keine Veranlassung mehr, dem Rat eine Sitzungsvorlage zur Entscheidung vorzulegen, sondern schlägt vor, das Umgemarkungsverfahren einzustellen.

Bürgermeister Björn Gryschka erklärt dazu: „Ich habe immer betont, dass die Verwaltung nicht die Absicht hat, die Umgemarkung gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen. Sehr wohl ist sie aber daran interessiert, deren Willen zu erfahren und nicht nur auf Hörensagen angewiesen zu sein. Deshalb stand die Umfrage mit ergänzenden Informationen auf der städtischen Homepage auch am Beginn des Prozesses, um schnellstmöglich Klarheit zu erlangen.“

Betroffen gemacht hat den Bürgermeister die lautstarke und leider oft sehr persönliche Reaktion einiger Östrumerinnen und Östrumer: „Manches, was in der Presse zu lesen war, hat mit einer „sauberen, sachlichen, aber bestimmten Diskussion“, wie es Ortsvorsteher Thomas Andreas beschrieben hat, nichts mehr zu tun. Zitate in Briefen, Leserbriefen und Presseartikeln wie „die Ortschaft soll zersprengt/zerstört werden“, „so geht man nicht mit uns um“, „auf mehrfachen Nachfragen hat der Bürgermeister nicht reagiert“, eine Konstruktion von Zusammenhängen mit Feuerwehr oder Straßenausbaubeitragssatzung sind wenig geeignet, objektiv und sachlich zu informieren. Bedauerlich und wenig fair auch, dass der Ortsvorsteher zu einer Informationsveranstaltung eingeladen hat, ohne die Verwaltung dazu zu bitten.

Die Umfrage hat nun gezeigt, dass es „im Johanni“ mit 43 % einen erheblichen Anteil an Bürgerinnen und Bürgern gibt, die sehr wohl eine Nähe zu Bodenburg sehen und offenbar die „Grenze“ entlang der Sehlemer Straße als misslich empfinden. „Ich denke, dass sich guter demokratischer Umgang miteinander dadurch auszeichnet, dass auch Minderheiten wahr- und ernstgenommen werden und zur Sprache kommen dürfen. Dieses Ziel hat die Verwaltung mit der Umfrage nun erreicht“, so der Bürgermeister, „ich freue mich über das bewiesene hohe Interesse an kommunalpolitischen Fragestellungen.“